

# Stolper Post

Tageszeitung  
für Stadt und Land



Ämtliches  
Publikationsorgan

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 62

Stolp, Montag, den 15. März 1926

50. Jahrgang

## Die Entscheidung in Genf am Dienstag?

### Neue Verschleppung in Genf.

Vollziehung am Dienstag.

Die Ankündigungen, daß am Sonnabend unbedingt in Genf die Entscheidung fallen werde, haben sich nicht erfüllt. Auch dieser Tag wurde mit mehr oder weniger nutzlosen Verhandlungen hingezogen. Am Dienstag soll nun die Vollversammlung zusammenkommen, um zu dem deutschen Aufnahmeforschung Stellung zu nehmen. Im Anschluß daran soll dann durch den Rat und die Vollversammlung die Frage des ständigen Ratsitzes für Deutschland erledigt werden.

Eine Besprechung mit Briand.

Am Sonnabend nachmittag fand bei Briand im Hotel des Bergues eine Besprechung statt, an der noch sechs weitere Ratsmitglieder teilnahmen. Hierbei wurden drei neue Vorschläge erörtert.

Der erste sieht die Wahl Deutschlands zum ständigen Ratsmitglied unter der Voraussetzung, daß Deutschlands sich bereit erklärt, sich an einer prinzipiellen Erklärung des Rates zu beteiligen, die in die Form von Direktiven für eine mit der Behandlung der gesamten Ratsfrage zu beauftragenden Kommission gekleidet sein soll.

Man nimmt in Völkerbundsreisen an, daß sich Deutschland mit diesem Vorschlag einverstanden erklären werde, da sich Dr. Stresemann in einem langen Aufsatz im „Journal de Geneve“ in diesem Sinne geäußert habe.

Der zweite Vorschlag, der von dem Grafen Tschii ausgeht, verlangt von der deutschen Delegation vor ihrem Eintritt in den Völkerbund die Zustimmung zu einem Beschluß des Rates, daß bei der ordentlichen Vollversammlung im Herbst die Erweiterung des Rates beantragt werden soll.

Ein dritter Lösungsversuch liegt in der möglichen Bereitwilligkeit von einigen nichtständigen Ratsmitgliedern, ihre Tische der Vollversammlung für eine Neuwahl zur Verfügung zu stellen.

Der zweite Vorschlag kommt für Deutschland gar nicht in Frage und zu dem dritten hätte es sich nicht zu äußern, da das eine innere Angelegenheit des Völkerbundes wäre. Sehr wahrscheinlich ist es jedoch nicht, daß sich ein Sitz für Polen freimachen ließe, da Spanien und Brasilien auf ihren Sitz nicht verzichten wollen, die anderen Ratsmitglieder aber als Vertreter bestimmter Gruppen gewählt worden sind.

Dr. Stresemann über die Ratsfrage.

In dem schon erwähnten Aufsatz im „Journal de Geneve“, führte Dr. Stresemann u. a. aus:

„Was also ist die Differenz, um derentwegen die Friedenspolitik in Europa bedroht sein soll? Es ist letzten Endes die Frage, daß der Völkerbund in seiner jetzigen außerordentlichen Session eine Aenderung des Völkerbundesrates an sich nicht hat herbeiführen können, weil Schweden widersprach.“

Deutschland ist bereit, sich nach seiner Aufnahme in den Völkerbund mit einzufügen, daß diese Frage in der ordentlichen Session im Herbst gelöst werde. Der Kommission, die mit diesem Studium beschäftigt werden würde und die wohl am besten aus Mitgliedern des Rates und Mitgliedern der Versammlung bestünde, würden Richtlinien mit auf den Weg gegeben werden können um die Erreichung eines positiven Ergebnisses zu sichern.

Die Entscheidung über die Macht, die als nichtständiges Mitglied im Völkerbundsrat sein soll, läge in den Händen der Mehrheit der Völkerbundsversammlung. Entscheide sich diese, so werde Deutschland diese Entscheidung hinnehmen, gleichgültig ob es bei ihr sich in der Mehrheit oder Minderheit befindet.

Deutschfeindliche Erklärung Chamberlains.

Genf, 13. März. In englischen Delegationskreisen war Freitagabend die Stimmung ganz außerordentlich ernst. Ungeachtet, der von der engl. Presse und von der Öffentlichkeit äußersten Stimmung darf festgestellt werden, daß in der englischen Delegation in Genf seit Freitagabend eine ausgesprochen deutschfeindliche Stimmung Platz gegriffen hat. Sir Austen Chamberlain hat beim Empfang der englischen Presse folgende Erklärung abgegeben:

Nach den Besprechungen von Freitag früh schien es, daß es möglich sein werde, die Besprechungen weiter fortzusetzen. Nach dem vom Reichskanzler gemachten Mitteilungen, so erklärte Chamberlain, jähre die englische Delegation weitere Besprechungen für nutzlos an und wolle dafür eintreten, daß die Frage dem Rat überwiesen werde.

In englischen Kreisen wird hierzu folgender Kommentar gegeben:

Das Versprechen der Ratsmächte, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen und ihm einen ständigen Ratsitz zu erteilen, müsse eingehalten werden, doch gäbe es unter den zehn Ratsstaaten einen, der diese Zusicherung nicht erfüllt hätte. Dieser Staat wäre Brasilien. Der nur zum Teil veröffentlichte Schriftwechsel der brasilianischen Regierung an die Reichsregierung hat bereits damals darauf hingewiesen, daß die Zusage eines ständigen Ratsitzes nicht von einer der Regierungen der Ratsmächte erfolgen, sondern nur von dem Rat beschlossen werden könne. Damit hätte sich Brasilien die Möglichkeit vorbehalten, auch gegen Deutschlands Eintritt zu stimmen. In der öffentlichen Ratsitzung werde es sich nun erweisen, welche Stellung Brasilien einnehmen würde. Sollte Deutschland unter diesen Umständen und ohne vorherige Bindungen eingegangen zu sein in den Rat aufgenommen werden, so würde eine Aufnahme für das Deutsche Reich einen schwarzen Tag bedeuten.

Englische Kritik an Chamberlain.

Während sich die Pariser Presse darüber einig ist, daß Deutschland an der verfahrenen Lage in Genf allein Schuld ist, übt die Londoner Presse zum Teil recht scharfe Kritik an Chamberlain sowie an den Vertretern Spaniens und Brasiliens, während die Haltung Deutschlands und Schwedens als korrekt und würdevoll anerkannt wird. So schreiben die „Daily News“:

„Die Deutschen hätten eine vollkommen korrekte Haltung eingenommen, ohne einen falschen Schritt oder eine unkluge Geste zu tun. Aber die alles überragende Persönlichkeit der Konferenz sei der schwedische Delegierte Unden, der alle Verhandlungen abgelehnt und mit Würde die Drohungen und Beleidigungen hingenommen habe, mit denen man ihn von fast allen Kreisen überschüttet habe. Alle Ehre Herrn Unden und Schweden!“

„Wir wünschen“, so schreibt das Blatt weiter, „wir hätten gleichen Grund, zu sagen: Alle Ehre für Austen Chamberlain! Unglücklicherweise macht der britische Hauptdelegierte eine sehr verächtliche Figur in der Genfer Tragikomödie. Aus bloßer geistiger Dummheit, verbunden mit beispielloser Widerspenstigkeit, hat er Großbritannien zu einer Politik verpflichtet, von der er weiß, daß die ganze Nation sie ablehnt. Man ist fast gezwungen, zu glauben, daß hinter dem Monotel Chamberlains nichts ist als ein großer ausgeschauert Raum, gewissenhaft rein, aber vollkommen leer.“

An erfrischender Deutlichkeit läßt das nichts zu wünschen übrig. Nicht weniger deutlich wird „Daily Chronicle“ gegenüber Spanien und Brasilien. Das Blatt schreibt:

„Wenn Brasilien oder Spanien aus dem Völkerbund austräten, würde man ihnen keine Träne nachweinen, denn dadurch, daß sie den Völkerbund unter solchen Umständen verlassen, bewiesen sie, daß sie für nützliche Mitgliedschaft ungeeignet seien.“

Schärfste Verurteilung der brasilianischen und spanischen Drohungen.

London, 13. März. Die Nachrichten, die darauf abzielen, Deutschland die Schuld für ein etwaiges Fehlschlagen der Genfer Verhandlungen in die Schuhe zu schieben, verdichten sich. Der „Daily Telegraph“ veröffentlicht heute unter der Überschrift „Deutschlands Ablehnung des Völkerbundesrates-Kompromisses“ einen Bericht, in dem es heißt: Die Nachricht, daß die Deutschen die letzte Lösung abgelehnt hätten, sei wie eine Bombe auf Genf, wo bis 7 Uhr abends Optimismus geherrscht habe, gefallen. Die von Briand gemachte Äußerung, daß man bis zur äußersten Grenze der Konzessionen und Verzöhnung gegangen sei, aber daß es einen Punkt gäbe, über den man nicht hinauskäme, wird von allen Blättern hervorgehoben. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, in Völkerbundsreisen werde es für sehr zweifelhaft gehalten, daß Spanien und Brasilien ihre Drohungen, gegen Deutschlands Aufnahme in den Rat ihr Veto einzulegen, in der Völkerbundsversammlung aufrecht erhalten würden. Deshalb halte man es für das Beste, die ganze Angelegenheit ohne jede weitere Verzögerung in einer öffentlichen Sitzung des Völkerbundes zu behandeln. Die Drohungen könnten dort selbst kaum wiederholt werden, ohne daß die Völkerbundsversammlung die moralische Ungeeignetheit der Mitgliedsstaaten brandmarkt, die das Recht für sich beanspruchen, als ständige Schiedsrichter der Welt in künftigen internationalen Streitigkeiten aufzutreten. Nichts könne die Staaten, die dieses Recht fordern, weiter von ihrem Ziel entfernen, als das kindische Benehmen, Schweden durch Richtigklärung bestehender Kontrakte seiner Handelsverträge treffen zu wollen. Da ein großangelegter Versuch, die Mittel des schwedischen Delegierten Unden falsch anzulegen, im Werden begriffen sei, sei es angebracht, seine Haltung noch einmal zu

definieren, die, wie der Korrespondent erklärt, auch die Haltung aller übrigen skandinavischen Staaten, sowie Hollands und der Schweiz sei. Gegentwärtig bestände kein Zweifel, wer und was eine Großmacht sei und wer auf einen permanenten Sitz im Völkerbundsrat Anspruch habe. Wenn einmal dieses Privileg auf andere Mächte als diejenigen, die allein als Großmächte angenommen werden, ausgedehnt würde, dann habe man die Tür für zahllose Intrigen im Streit um die Erlangung dieses Privilegs geöffnet.

Luther über die Ratsfrage.

Reichskanzler Dr. Luther hat sich mehreren ausländischen Pressevertretern gegenüber über die Haltung Deutschlands in Genf ausgesprochen. Er führte dabei u. a. aus:

Deutschland sei nach Genf gekommen, um durch seinen Eintritt in den Völkerbund das Werk von Locarno endgültig der Verwirklichung entgegenzuführen. In Genf seien die deutschen Delegierten mit den Signatarmächten zusammengekommen, wobei an Deutschland die Aufforderung gerichtet wurde, seine Zustimmung zur Schaffung von drei neuen Ratsitzen außer dem deutschen zu geben. Die deutsche Delegation habe sich außerstande gesehen, diese Zustimmung zu erteilen. Sie habe dabei darauf hingewiesen, daß zunächst ein Versprechen vorläge, nur Deutschland jetzt in den Rat aufzunehmen, daß ferner außer diesen drei vorgeschlagenen Ratsitzen noch weitere Kandidaten vorhanden wären, deren Berechtigung Deutschland durch eine etwaige Zustimmung zu dem ihm gemachten Vorschläge minder hoch einschätzen würde; daß eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen jede Ratsvermehrung auch endlich bei anderen Ratsmächten bestünde und Deutschland das Gewicht dieser Auffassung nicht abschwächen wolle.

Im Verlaufe der weiteren Unterhaltungen mit den Ratsmächten sei die Schaffung der drei Ratsitze in den Hintergrund getreten, und Deutschland sei nun aufgefordert worden, einem nicht ständigen Ratsitz an Polen zuzustimmen. Auch hierzu habe sich die deutsche Delegation außerstande gesehen.

Derartige Maßnahmen entspräche weder den Völkerbundsstatuten, noch seien sie in einer der Deutschland auferlegten Verpflichtungen begründet. Die Forderung verstoße auch gegen den Geist des Völkerbundes, denn sie laufe darauf hinaus, die Interessen einzelner Mächte gegenüber anderen zu bevorzugen. Die Vermehrung der Ratsitze gehe sämtliche Mitglieder des Völkerbundes an. Es sei aber bekannt, daß Mitglieder des Bundes gegen jede Vermehrung seien.

Die Erteilung der Ratsitze sei das souveräne Recht der Vollversammlung. Deutschland wolle dieses Recht der Bundesmitglieder schädigen und sofort in eine schiefe Stellung kommen, wenn es außerhalb der Vollversammlung eine Entscheidung treffen wolle. Aus diesem Grunde sei es der deutschen Delegation unmöglich gewesen, dem letzten sogenannten Kompromiß zuzustimmen.

\* \* \*

### Kleinlocarno gegen Großlocarno.

„Europäische Neuorientierung“ durch Mussolini.

Se bedeutungsloser die Rolle war, die Italien bisher in Locarno sowohl wie in Genf gespielt hat, umso größer ist das Bedürfnis Mussolinis, seine hervorragende Staatskunst durch seine Prektrabanten in das richtige Licht setzen zu lassen. So orakelt die römische „Tribuna“ in einem längeren Artikel über die durch Mussolini vorgenommene „Neuorientierung Europas“. Es fehlt ihm dabei nicht an heftigen Ausfällen gegen Chamberlain und Briand, die von dem Geiste Mussolinis offenbar noch keinen Hauch gespürt haben.

Den schwedischen Außenminister Unden charakterisiert das Blatt als deutschen Agenten, der den Austrag habe, deutsche Politik im Völkerbund vorzubereiten. Nun dürfe Chamberlain nicht unvorbereitet Dinge wieder zurückreisen und auch Briand habe vom Kartell eine bestimmte Marschroute vorgeschrieben bekommen und man erlebe daher jetzt das groteske Schauspiel, daß England und Frankreich den Eintritt des „auen, braven und friedfertigen Deutschlands“ begünstigten. Eine ähnliche „Dramatisierung des Blödsinns“ hätte niemand zusammenphantasieren können.

Allein die Politik Mussolinis, die eine neue Diplomatie geschaffen und die den Pangermanismus im „Geist von Locarno“ rechtzeitig enthüllt habe, die mit ihrer gesunden Realpolitik, auf Rasse und Kultur aufgebaut, allen Elaboraten der Kanzleien vorausgeeilt sei, bedeute eine gesunde europäische Neuorientierung.

Mit dieser „Neuorientierung“ wird auf die Bemühungen Italiens angespielt, sich als Führer des Blocks Kleine Entente plus Griechenland und Polen, eventuell auch Ungarn, der





# Modenschau aus Stolper Mass-Werkstätten

veranstaltet von der

**Zwangsinnung für das Damen-Schneiderhandwerk. Stolp**  
am Mittwoch, den 17. März, von 3-5 Uhr nachm. und 8-10 Uhr abends im Schützenhaus

unter Mitbeteiligung folgender Firmen:

**Alzak**  
Schuhhandels-gesellschaft  
**Arthur Hunzinger**  
Frisuren  
**Franziska Silbermann**  
Inh. Max Kantorek

**Wilhelm Dörgschlag**  
Lederwaren  
**J. Deutschenbauer** Geschw. Keitsch Nachf.  
Schmucksachen

**Robert Hoffmann**  
Schirmfabrik  
**Otto Oestreich**  
Pelzwaren  
**Elisabeth Wicklow**  
Inh. Emil Woedicke

## Hüte

**Kartenvorverkauf:** L. Barta, Ringstr. — Arthur Hunzinger — Franziska Silbermann — Elisabeth Wicklow  
und an der Tageskasse am 17. März im Schützenhaus von 1-3 Uhr nachmittags und 7-8 Uhr abends.  
Saalplatz 1,50 Mk. „Führer durch die Modenschau“ 0,75 Mk. Galerie 0,75 Mk.

Die Vorführungen der Modelle beginnen **pünktlich** zur angegebenen Zeit. — Als Einleitung eine historische Kleiderschau.

# Aufruf

an unsere Mitglieder und Parteifreunde in Stolp Stadt und Land.

Die Sozialdemokraten im Verein mit den Kommunisten haben einen Ausschuss zur Durchführung eines Volksentscheides für entschädigungslose Enteignung der Fürsten gebildet und zu diesem Zwecke Listen an die amtlichen Unterorgane geschickt, die auf Grund des Gesetzes verpflichtet sind, diese Listen auszulegen.

Gleichzeitig fordern sie dazu in öffentlich ausgehängten Plakaten auf, Unterschriften unter dieses Schanddokument zu setzen.

Wir brauchen unsere Mitglieder und politischen Freunde nicht noch besonders auf die Nichtswürdigkeit dieser Gesinnung hinweisen, und daran erinnern, daß es eine Selbstverständlichkeit ist, nicht seinen ehrlichen Namen dazu herzugeben, um damit ein Dokument deutscher Schande zu unterschreiben.

Wir richten vielmehr an unsere Freunde in Stadt und Land die Bitte, ihrerseits dafür zu sorgen, daß kein anständiger Mensch, welcher Partei er auch angehören möge, sich dazu hergibt, eine Liste zu unterschreiben, die dazu dienen soll, den Hohenzollern, denen das Deutsche Volk nur größten Dank schuldet, ihr Eigentum zu nehmen, das ihnen nach Recht und Gesetz gehört.

Man will durch die Erzwingung eines Volksentscheides Gesetz und Recht mit Füßen treten nach dem marxistischen Grundsatz: „Eigentum ist Diebstahl.“

Darum ist es Pflicht jedes aufrechten deutschen Mannes und jeder Frau, sich fern zu halten von diesem nichtswürdigen Treiben, das alles überbietet, was bisher in diesem heutigen Deutschland geschehen ist.

**Deutsche, macht Euch nicht selbst ehrlos!**

## Deutschnationaler Volksverein

Stolp Stadt und Land.

### Trauringe

jede Größe und jedes Feingehalt  
stets vorrätig empfiehlt  
zu billigsten Preisen

**Otto Pila**  
Neutorstraße 6 (gegenüber Görs).

### Neue Herren- u. Damenfahräder

sowie gut erhaltene gebrauchte Fahräder von 45 Mk. an.  
Ersatzteile zu den billigsten Preisen auf Lager.  
Beste deutsche Arbeit. — Auch Ratenzahlung.

Gämtliche Reparaturen werden unter Garantie  
billigst ausgeführt

**Karl Neumann, Fahrradhandlung,**  
Schlawerstraße 96.  
Bitte genau an Firma und Straße zu achten.

### Metallbetten

Stahlmatt., Kinderbetten  
die an Priv. Katal. 1416 frei.  
Eisenmöbelfabr. Suhl (Thür.)

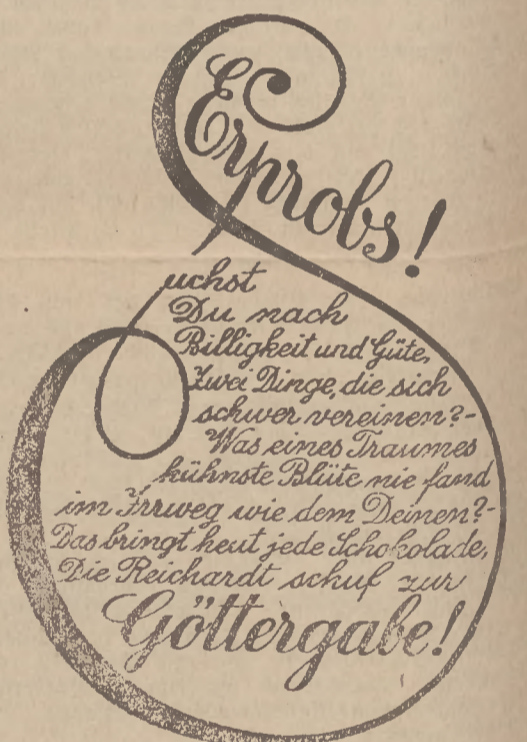
### Kirchliche Anzeige

Di. Maria  
Dienstag, den 16. März,  
nachm 5 1/2 Uhr Passionens-  
andacht. Pastor Wottke.

## Konfirmanden- Uhren

und andere passende Geschenke  
finden Sie in großer Auswahl und zu niedrigen  
Preisen bei

**Otto Pila** Neutorstraße 6,  
gegenüber Görs.



## Neubauten Stadt-Theater

und Bau-Reparaturen  
führen gut und außer-  
preismert aus

**Gebr. Burow**  
Baugesellschaft und Böttcherei  
Stolp, Schiffr. 7.  
Fernruf 699

**Zahnstuhle**  
auf Horizontalgatter führt  
billigst aus

**A. Schlawi,**  
Schiffstr. 15.  
Feinsten

**Händlerlachs**  
im Aufschnitt  
empfehlen

**C. & E. Hafert**  
vorm. L. W. Thum  
Mit

**Rälbermostmehl**

erzielt man bei Feinfäbern die  
besten Erfolge. Vorrätig bei  
**Carl Schröder**  
Fernruf 509. Mittelstr. 43.

Fernruf 419  
Heute  
Montag, den 15. März  
abds. 8 Uhr

**Volksvorstellung!**  
**An der schönen Donna**

Operette in 3 Akten  
von F. v. Hartmann.  
zu ganz niedrigen Preisen  
von 30 Pf bis 1 Mk.

Dienstag, den 16. März  
zum ersten Male

**Die Gardsassüßin**  
Operette in 3 Akten  
von E. K. Linn.

**Stempel-Fabrik**  
**Gravier-Anstalt**

Vereinsabzeichen  
**Sportfiguren**

**Louis Kase**  
Stettin  
Schulze-Strasse 10.